

LSAP - Die Garantie für eine gerechte Rente für alle!**Fünf konkrete Maßnahmen für ein solidarisches und nachhaltiges Rentensystem**

Die Zukunft unserer Renten verdient Besseres als überstürzte und unausgewogene Entscheidungen. In seiner Rede zur Lage der Nation hat der Premierminister Vorschläge präsentiert, die nicht nur schlecht vorbereitet und überhastet sind, sondern grundlegend ungerecht und inakzeptabel.

Die Zahl der Beitragsjahre erhöhen? CO₂-Steuereinnahmen, die eigentlich für soziale Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Energiewende vorgesehen sind, zur Finanzierung des Rentensystems umwidmen?

Diese Ankündigungen sind mehr politisches Kalkül als eine Reform, die auf realen Gegebenheiten basiert.

Es handelt sich um gefährliche Signale, ausgesendet in einer konstruierten Notlage, die unser Rentensystem und die Generationensolidarität - sein tragendes Fundament - schwächen.

Wenn es eine Reform geben soll, dann braucht es einen echten Dialog, eine echte Konsultation - und keinen Alleingang des Premierministers!

Ja, wir müssen uns den Realitäten der Zukunft stellen: demografischer Wandel, Veränderungen in der Arbeitswelt ... Doch diese Herausforderungen dürfen keinesfalls als Vorwand dienen, unser soziales Modell radikal in Frage zu stellen. Es gibt konkrete Wege, das bestehende Rentensystem zu stärken und langfristig abzusichern - ohne die heutige oder künftige Generation zu opfern.

Die Lösungen des LSAP für ein gestärktes und gerechtes Rentensystem:

1. Umwidmung des Überschusses aus dem Ausgleichsfonds

Der Ausgleichsfonds wurde geschaffen, um Defizite der Pensionskasse abzudecken. Wir schlagen vor, diesen Fonds zu deckeln und Überschüsse der Pensionskasse zuzuführen - anstatt den Ausgleichsfonds endlos weiter zu füllen.

2. Übernahme der Verwaltungskosten der CNAP durch den Staat

Die Betriebskosten der nationalen Rentenversicherung (CNAP) werden derzeit aus den Beiträgen selbst finanziert. Wenn der Staat diese Kosten übernimmt, stärkt das spürbar die finanzielle Stabilität des Rentensystems.

3. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Derzeit sind Einkommen, die das Fünffache des unqualifizierten Mindestlohns übersteigen, von Rentenbeiträgen befreit. Die LSAP schlägt vor, diese Beitragsgrenze aufzuheben. Die genauen Modalitäten sollen mit den Sozialpartnern abgestimmt werden.

4. Wenn nötig, schrittweise Erhöhung der Beitragssätze

Falls die vorhergehenden Maßnahmen nicht ausreichen, schlagen wir vor, die Beitragssätze für alle drei Parteien - Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer - schrittweise von 8 % auf 9 % anzuheben. Diese dreifache Erhöhung um je 1 % würde die Finanzierung der Pensionskasse mittel- und langfristig sichern. Die Einführung soll über mehrere Jahre erfolgen, um die Auswirkungen auf Nettoeinkommen und Lohnnebenkosten abzufedern.

5. Einführung einer gestaffelten Sozialabgabe - bei Bedarf

Der LSAP schlägt vor, bei Bedarf eine gestaffelte Sozialabgabe einzuführen, die für alle Einkommensarten gilt. Sie könnte aktiviert werden, um etwaige Defizite in der Sozialversicherung oder im Rentensystem zu decken.

Finger weg von der sozialen Gerechtigkeit!

Der LSAP ist tief erschüttert über die Härte der Ankündigungen des Premierministers, die frontal einen der Grundpfeiler des luxemburgischen Sozialmodells angreifen. Statt des versprochenen sozialen Dialogs wurde eine einseitige, kompromisslose Entscheidung gefällt - zu Lasten künftiger Generationen und zum Schaden des Generationenvertrags.

Der LSAP kämpft - und wird weiterhin kämpfen - für ein gerechtes, nachhaltiges und solidarisches Rentensystem.

Luxemburg, 20 Mai 2025